



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

10. Mai 2019

26. Mai: Wählen gehen! +++ Sicherheit durch Kameras? +++ MIETENmove & Hamburger Politik +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Eben! Deshalb wählen am 26.5. (Foto: privat)

der Mai ist gekommen ... und lässt doch noch auf sich warten. Vielleicht entspricht das etwas trübe Klima auch ein wenig dem eher gedämpften Wahlkampf-Klima, da vom sprichwörtlichen Wahlkampf-»Fieber« zwei Wochen vor den Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament am 26. Mai nur ansatzweise die Rede sein kann. Leider. Denn die Prognosen besagen, dass diese vergleichsweise unpolitische Atmosphäre vor allem den Rechten, den Nationalisten und Rassisten nutzt. Sie werden wohl vermehrt Stimmen einfahren, vor allem deswegen, weil die potenziellen WählerInnen der anderen Parteien eher zuhause bleiben.

Mit diesem BürgerInnenbrief wollen wir wenigstens noch einen kleinen Akzent setzen und unsere LeserInnen anhalten, keine Stimme zu verschenken. Naturgemäß plädieren wir dafür, der Stimme auch noch ein besonderes Gewicht dadurch zu verleihen, der LINKEN Vertrauen zu schenken. Dafür haben wir in diesem vorgezogenen BürgerInnenbrief das komplette Rahmenwahlprogramm der Hamburger LINKEN für die Bezirkswahlen sowie die Plakate der Bundespartei für die EU-Wahl aufgenommen. So lassen sich sicher einige wichtige Eindrücke über die Schwerpunkte und Forderungen der LINKEN gewinnen.

Die Stimme abgeben, Vertrauen schenken – das sind so die Floskeln, mit der gegenwärtig und eigentlich schon immer die Parteien um Unterstützung bei den Wahlen bitten.

Als LINKE setzen wir aber vor allem darauf, dass sich außerparlamentarisch mehr tut, denn nur dann haben wir innerhalb der Parlamente die Chance, soziale und demokratische Rechte der Bevölkerungsmehrheit auf die Tagesordnung zu setzen. Und manchmal ist der Druck so groß, dass tatsächlich Verbesserungen beschlossen werden oder erst einmal auch nur verstärkt in die Debatte kommen. Oder hätte sich jemand vor einem halben Jahr vorstellen können, dass die wohnungspolitischen Forderungen nach Mietendeckelung, Grundstücksvergabe ausschließlich im Erbbaurecht und für sozialen Wohnungsbau oder gar nach Enteignung großer Wohnungsunternehmen eine solche Dynamik entwickeln? Wir jedenfalls sind einigermaßen überrascht, vor allem aber erfreut darüber, was mit großen Demonstrationen und Veranstaltungen, Petitionen und Unterschriftensammlungen alles so entzündet werden kann.

In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern einen schöne(re)n Mai, in dem es sich gleich mehrfach lohnt, nach draußen zu gehen: beispielsweise am Sonntag, den 19. Mai, wenn wir uns – wie in vielen anderen Städten – um 12.00 Uhr auf dem Rathausmarkt zusammenfinden, um unter der Parole »Ein Europa für Alle« unsere lauten und mannigfachen Stimmen gegen den aufkommenden Nationalismus zu erheben.

Herausgeberinnen und Redaktion

Wählen gehen am 26. Mai

(Plakative) Argumente für die Wahlen zum EU-Parlament und den Bezirksversammlungen



Die Spitzenkandidatinnen der Linken zur Europawahl, Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewahn, Parteigeschäftsführer Jörg Schindler und Ko-Vorsitzende Katja Kipping und Bernd Rixinger (Foto: Martin Heinlein)

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir das komplette Rahmenprogramm, das die Hamburger LINKE im Oktober letzten Jahres für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 26. Mai beschlossen hat. Alle sieben Hamburger Bezirksorganisationen der Partei haben auf dessen Basis ein spezifisches Bezirkswahlprogramm beschlossen. Wer sich dafür interessiert, also für die Einschätzungen und Kernforderungen der LINKEN in den sieben Bezirken, der wird hier fündig: https://drive.google.com/drive/folders/1U68m0ZehLIN_iPxNwptNWLuNHcBsCNbl

»Gemischt« haben wir das bezirkliche Rahmenwahlprogramm mit den aktuellen Plakaten, die die LINKE anlässlich der gleichzeitig anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament zurzeit bundesweit verklebt.

Auch in Hamburg sind diese sich aus unserer Sicht von den großen Parteien abhebenden Wahlplakate mit den PolitikerInnen-Porträts zu sehen – nur eben nicht alle gleichzeitig. Und in diesem BürgerInnenbrief haben wir sie nun alle vereinigt...

Zur Unterstützung des EU-Wahlkampfes hat die Bundespartei übrigens eine Kampagne ins Leben gerufen: Gesucht werden 60.000 Menschen, die mit jeweils 5,- Euro die aufwändige Plakatierung unterstützen. Hier die Daten des Spendenkontos: DIE LINKE. Parteivorstand, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00, Kennwort: Spende.

Es wird darum gebeten, bei etwaigen Spenden den vollständigen Namen und die Anschrift anzugeben. Wir sagen auch von dieser Stelle aus schon einmal Dankeschön. Auf Wunsch werden natürlich auch Spendenbescheinigungen ausgegeben.

Wer sich für die Wahlzeitung, Wahlspots oder auch andere Materialien zur EU-Wahl interessiert, bekommt sie an den Infotischen und bei Verteilaktionen oder im Netz unter: www.die-linke.de/europawahl/start/kampagnenmaterialien/

Hamburg – solidarische Stadt!

Bezirkliches Rahmenprogramm, beschlossen vom Landesparteitag der LINKEN am 20.10.2018



Beim Mietenmove am 4.5.2019 (Foto: Michael Joho)

Hamburg ist eine der reichsten Städte Deutschlands: Hier leben 42.000 Millionäre und Millionärinnen. Gleichzeitig wächst jedes fünfte Kind in Armut auf, müssen alte Menschen ihre Rente durch Flaschensammeln aufbessern und Obdachlose bleiben auch im Winter ohne warmen Schlafplatz. In den Bezirken Hamburgs sehen wir jeden Tag, wie die Armut um sich greift. Tausende sind auf Tafeln und andere Sozialeinrichtungen angewiesen, die kaputtgespart oder geschlossen werden.

Dagegen wollen und werden wir auch weiterhin kämpfen. Genug Personal für die Kita um die Ecke oder gutes Essen in der Stadtteilschule gehören für uns genauso zu einem lebenswerten Stadtteil wie der Park mit Bänken oder der Sportplatz für Erwachsene und Kinder. Genug Geld dafür ist da – wir kämpfen für radikale Umverteilung von oben nach unten und die Abschaffung der Schuldenbremse.

Hamburg wird auch in den kommenden Jahren durch eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit geprägt werden, wenn sich nicht mehr Menschen für einen grundlegenden Politikwechsel engagieren. Solidarität schafft Hoffnung – wir wollen zu Protest ermutigen. Anstatt den vorhandenen Reichtum gerechter zu verteilen und allen Menschen ein gutes Leben zu er-

möglichen, dient der Hamburger Senat den Interessen reicher Investoren und Unternehmen, während er gleichzeitig das Allgemeinwohl durch die Schuldenbremse einschränkt. Ein Staat aber, der die Bevölkerungsmehrheit arm macht, will den privaten Reichtum nicht bekämpfen. Wir dagegen durchaus!

DIE LINKE setzt sich deshalb für einen grundlegenden Politikwechsel ein: Der Raubbau an den sozialen Grundlagen unserer Stadt muss beendet und die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden: wir wollen Hamburg zur solidarischen Stadt für Alle machen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander können wir für Veränderungen sorgen:

Gute Wohnungen für Alle, ohne arm zu werden

Die Miete steigt und steigt, das Einkommen aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für die Miete, müssen viele Menschen ihre Wohnung aufgeben und ihren vertrauten Stadtteil verlassen. Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen. Solange Immobilienkonzerne Wohnungen als Spekulationsobjekte behandeln und Mieten erhöhen, wo sie nur können, wird der Mietenwahnsinn kein Ende haben. In den letzten Jahrzehnten wurden Spekulation und Profite durch neue Gesetze befeuert. Das muss auf Bundesebene gestoppt

werden. Wir brauchen wieder gemeinnützige Wohnungsunternehmen, die keine Abzocke betreiben. In Hamburg und in den Bezirken fehlen günstige Wohnungen, vor allem für Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen. Wir wollen deshalb viel mehr Wohnungen bauen lassen, die dauerhaft als Sozialwohnungen mit günstigen Mieten zur Verfügung stehen. Wer Wohnungen und Büroräume leerstehen lässt, um damit zu spekulieren, bzw. sie gewinnbringend als Ferienwohnung vermietet, wird zur Verantwortung gezogen, bis hin zur Enteignung durch die Stadt, wie es Art. 14 des Grundgesetzes vorsieht.

Wir fordern:

- Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden
- Im Neubau mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen, auf städtischen Flächen 100 Prozent geförderter Wohnungsbau
- Dauerhafte Mietpreisbindung für Sozialwohnungen
- Bereitstellung von menschenwürdigem Wohnraum für alle von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffenen und bedrohten Menschen
- zur kurzfristigen Linderung der Not auskömmliche Mittel für das Winternotprogramm: 24 Stunden am Tag geöffnet und mit Platz und Ausstattung, die den Bedarf befriedigen

Für eine lebenswerte und nachhaltige Stadt

Der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Ein Klimakiller wie das Kohlekraftwerk in Moorburg muss abgeschaltet und die Kreuzfahrtschiffe müssen an Landstrom angeschlossen werden. Damit die Quartiere für alte und neue Bewohner lebenswerter werden, bekämpfen wir Planungen nach Investoreninteressen.

Wohnungsbauvorhaben werden wir gemeinsam aus einem sozialräumlichen Gesamtkonzept entwickeln. Qualitative Kriterien wie Belüftung, Freiraum, Lärmschutz, Infrastruktur und Arbeitsplätze müssen Voraussetzung werden. Wir wollen Grünflächen als Rückzugflächen und »grüne Lunge« Hamburgs erhalten.

Umweltfreundliche Energiegewinnung in Hamburg ist möglich, ob als Blockheizkraftwerk im Wohnquartier, ob als Solar- oder Windenergieanlage.

Ohne Auto geht es nicht? Doch, wenn wir genug Bus- und Bahnstrecken haben und die HVV-Preise nach und nach bis auf Null sinken. Wenn wir das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von Autos, Lkw oder Bussen gefährdet wird. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün. Und dafür lohnt es sich, aus- und umzusteigen.

Wir fordern:

- den Ausbau von Radwegen, Bahnstrecken und öffentlichem Nahverkehr. Die HVV Preise wollen wir schrittweise auf Null senken.
- Erhalt von öffentlichen Grünflächen und Baumbeständen
- Die Umsetzung von Tempo-30-Zonen als Regelgeschwindigkeit

Für eine gute Daseinsvorsorge in den Bezirken

Die Tatsache, dass tausende Menschen in Hamburg in Armut leben müssen, darunter besonders viele alleinerziehende Mütter, Kinder und ältere Menschen, ist ein Skandal. Wir kämpfen deshalb für die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie

Es ist fünf vor 12. Wir können das Klima retten. Wenn wir jetzt europaweit Regeln für saubere Energie durchsetzen. Wir wollen die schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa sofort abstellen – spätestens 2030 sind alle vom Netz. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.

DIE LINKE will kostenfreien Nahverkehr fördern.

Wir bauen die europäische Bahn aus: gut und bezahlbar. Wir wollen umweltfreundliche Landwirtschaft fördern: regional und mit kurzen Transportwegen.



Gesundheit und Wohnen gehören nicht an die Börse! DIE LINKE will Geld aus den Finanzmärkten abziehen und in gute öffentliche Dienstleistungen stecken. Wir fördern die regionale und produzierende Wirtschaft – mit guter Arbeit und umweltverträglich. Banken, die bei Steuerhinterziehungen von Unternehmen helfen, entzie-

hen wir die Lizenz. Riskante Spekulationsgeschäfte wollen wir verbieten. Mit einer Steuer auf schnelle Finanzgeschäfte bremsen wir die Spekulation.

Gesundheit, Bildung, Wohnen oder die Energieversorgung darf nicht privaten Profitinteressen geopfert werden. Die unhaltbaren Zustände in Hamburger Krankenhäusern zeigen die fatalen Konsequenzen, die eintreten, wenn die soziale Grundversorgung gewinnorientierten Unternehmen überlassen bleibt. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand: Wir fordern deshalb die Rekommunalisierung von Krankenhäusern und die unverzügliche Umsetzung des Volksentscheides zur Rekommunalisierung der Energienetze. Die Daseinsvorsorge muss allerdings auch ausreichend finanziert werden. Geld genug ist da. Wir wollen mehr Personal im öffentlichen Dienst in den Bezirken und ein Investitionsprogramm für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr auflegen.

Wir fordern:

- Die Stärkung der Senioren- und Seniorinnenarbeit in den Bezirken, insbesondere den Ausbau aufsuchender Angebote
- Verbindliche und bedarfsgerechte Personalschlüssel für alle Hamburger Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Bessere Ausstattung der Wohn-Pflege-Aufsicht in den Bezirken
- Abschaffung von Hartz IV, stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle Menschen und massive Erhöhung der Steuern auf Profite und große Vermögen

Für gute Bildung und Kultur

In Hamburg ist Bildung immer noch stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig, weil das Hamburger Schulsystem stark auf die Eltern als Hausaufgabenhilfe setzt. Diese Bildungsunge-

rechtigkeit wird durch die Spaltung des Hamburger Schulwesens in Stadtteilschulen und Gymnasien (»Zwei-Säulen-Modell«) noch verstärkt. DIE LINKE tritt für eine Schule für alle ein. Diese würde gemeinsames Lernen ermöglichen, Ausgrenzung und Abschlulung ächten und mit klugen pädagogischen Konzepten den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil stärken. Wir wollen den Ganzttag ausbauen und ihn gleichzeitig freier gestalten. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ein kostenloses und hochwertiges Essen erhalten.

Zu guter Bildung gehört auch die kulturelle Teilhabe. Die Möglichkeit, ein Theater, Konzert oder Museum zu besuchen oder selbst kreativ zu werden, sind allerdings in den Hamburger Bezirken sehr ungleich verteilt. Wir setzen uns für einen wohnortnahen Zugang zu Kultur und den Abbau finanzieller Hürden ein, damit alle Hamburger und Hamburgerinnen die Möglichkeit haben, die Vielfalt der Hamburger Kultur zu erfahren und an ihr mitzuwirken.

Wir fordern:

- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Kitas und Krippen
- Kostenlose Schulessen an allen Schulen in Hamburg sowie besonders das kostenlose Frühstück in allen Kitas und Grundschulen
- Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit und für jeden Bezirk ein weiteres Kinder- und Familienzentrum
- Den Ausbau der Kulturförderung in den Stadtteilen
- Kostenfreie Sozialräume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter Laien

Die Mindestlöhne müssen in allen Ländern der EU steigen. Armuts-löhne wollen wir verbieten. In Deutschland fordern wir: kein Lohn unter 12 Euro. Es muss die Regel in der EU durchgesetzt werden, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird. Unternehmen, die öffentliche Aufträge übernehmen, müssen Mindest-lohn und Tarif zahlen. DIE LINKE will: starke Gewerkschaften, starke Beschäftigte, gute Löhne, mehr Zeit zum Leben. Für alle.



Der Reichtum in Europa explodiert. Gleichzeitig wächst die Armut. Konzerne machen Gewinne von Milliarden Euro im Jahr, bezahlen aber kaum Steuern. Wir wollen Mindest-steuern für Konzerne und hohe Vermögen überall in Europa einführen. Steueroasen legen wir trocken. Die Strafen für Steuerhinterziehung von Banken

und Konzernen wollen wir verschärfen. Den Digitalkonzernen wie Google und Amazon sagen wir: zur Kasse!

- Kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern, Konzerten und Museen

Für mehr Demokratie in den Bezirken

Mit der Volksgesetzgebung existiert in Hamburg ein im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ fortschrittliches demokratisches Verfahren. Den Herrschenden in der Stadt ist die Volksgesetzgebung gerade deshalb ein Dorn im Auge. Wir LINKEN verteidigen die demokratische Verfasstheit Hamburgs und setzen uns für eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmung ein. Die Volksgesetzgebung darf nicht durch Finanzierungsvorbehalte ausgehöhlt werden. Wir wollen die Bezirksversammlungen gegenüber dem Senat stärken, damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Hamburgern und Hamburgerinnen gefällt werden. Auch die Stadtteilbeiräte wollen wir ausbauen und mehr Rechte für sie erstreiten.

Um vor Ort gelebt werden zu können, braucht sie allerdings auch konkrete Orte der Demokratie, an denen sich Menschen begegnen können. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung von Räumen für soziale Projekte und Begegnung in den Bezirken ein.

Wir fordern:

- Die Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushalts- und Budgetrecht
- Die Umsetzung von Bezirksentscheiden
- die Stadtteilbeiräte zu stärken, sie mit besseren Mitteln auszustatten und auf mehr Bürgerbeteiligung zu verpflichten.

- Die Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale Begegnung in den Quartieren

Für ein friedliches und weltoffenes Hamburg – gegen Rassismus und rechte Hetze

In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird von Rechten als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Ihnen geht es darum, die Lohnabhängigen zu spalten. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Das Grundrecht auf Asyl muss allen Menschen in Not gewährt werden. Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp und die Erlaubnis zum Familiennachzug. Die Aufnahme flüchtender Menschen ist ein Gebot der Solidarität. In den Bezirken wird hierfür bereits viel getan, den Bezirken müssen allerdings auch die finanziellen Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen bereitgestellt werden. Wir setzen uns deshalb für ein massives Investitionsprogramm ein, um angemessenen Wohnraum und eine soziale Infrastruktur für alle Menschen zu gewährleisten. Um diesen Prozess demokratisch zu gestalten, wollen wir die Integrationsbeiräte als Ausschuss in die Bezirksversammlung einbinden und ihnen mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten geben.

Hamburg ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter in Europa. Von hier aus wird der Tod nach Afrin und anderswo exportiert. Zusammen mit allen friedensbewegten Hamburgerinnen und Hamburgern streiten wir für ein Verbot von Rüstungsexporten und Atomwaffen sowie für eine friedliche Außenpolitik ohne Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Austausch mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entwickeln wir Konzepte für eine Konversion der

Wir stehen gegen rechte Hetze und Rassismus und für die Menschenrechte. Die Rechten suchen Sündenböcke, lösen aber keine Probleme. DIE LINKE bietet Lösungen, die für alle Menschen funktionieren. Kommunen, die Menschen aufnehmen, sollen nach unserem Plan zusätzliches Geld von der EU bekommen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und faire Arbeit für alle. Für weniger Ungleichheit und mehr Zusammenhalt. Solidarität ist unteilbar.



Die EU plant mehr Geld in Rüstung zu stecken und weniger in die Förderung von guten Lebensverhältnissen. Wir sagen Nein! Aufrüstung und eine zusätzliche europäische Armee schaffen keinen Frieden. DIE LINKE will abrüsten und eine friedliche Außenpolitik. Aus der EU werden die meisten Waffen exportiert.

Sie befeuern die Kriege und schaffen Fluchtursachen. Wir wollen Waffenexporte verbieten und die Ursachen von Flucht bekämpfen.

Rüstungsindustrie zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft. Die militaristische Indoktrinierung an Schulen und Universitäten durch die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die verherrlichende Zurschaustellung von Kriegsschiffen beim Hafengeburtstag. Die Bezirksfraktionen der LINKEN in Hamburg werden die von Friedensnobelpreisträger ICAN initiierte »Erklärung für Abgeordnete zur Unterstützung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags« unterstützen und bringen in die jeweiligen Bezirksversammlungen parlamentarische Initiativen ein, die in Richtung Bürgerschaft und Bundesrat zielen, damit die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beitrifft und die US-Atomwaffen von deutschem Boden abgezogen werden.

Wir fordern:

- Hamburg zur sicheren Stadt für Menschen in Not und Zuflucht für Seenotgerettete zu machen
- die sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration in den Bezirken zu schaffen
- das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer und Ausländerinnen zu gewährleisten
- den sofortigen Stopp von Rüstungsexporten und Atomtransporten durch den Hamburger Hafen
- die Einführung und Umsetzung von Zivildienst an allen Hamburger Hochschulen
- Kein Werben fürs Sterben mehr an Hamburger Schulen – Bundeswehr raus aus Schulen und Kitas
- Umbenennung der nach Militaristen und Kolonialisten benannten Straßen, Plätze, Gebäude und Einrichtungen zur würdigen Erinnerung an Antimilitaristen, Pazifisten, Deserteure und Antifaschisten
- sofortige Beendigung der kommerziellen Nutzung des Stadthauses (ehemaliges Gestapo-Hauptquartier) und stattdessen Errichtung einer antifaschistischen Lern- und Gedenkstätte

Frauenrechte sind Menschenrechte

Die Diskriminierung von Frauen drückt sich immer noch in geringerem Einkommen, der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und Frauen im Alter sowie der potenziellen Gefahr häuslicher Gewalt aus. Die Veränderung der Gesellschaft hin zu prekären, nicht mehr die Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen und der Ab- und Umbau des Sozialstaats sowie die rigide Veränderung der öffentlichen Arbeitsverwaltung hat die soziale Ungleichheit auch zwischen Frauen verstärkt. Durch Privatisierung und Einschnitte im sozialen Bereich wird die Sorge für Kinder, Alte und Kranke zunehmend individualisiert und Frauen tragen dabei die

Hauptlast. Emanzipiert ist eine Gesellschaft dann, wenn jede und jeder sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein. Auch in den Bezirken muss die Umsetzung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats in allen Ämtern durch ein bezirkliches Konzept zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen erfolgen.

Wir fordern:

- Gleichstellungsbeauftragte für die Bewohnerinnen in jedem Bezirk
- Die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting)
- Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten, Mütterberatung und Elternschulen
- in jedem Bezirk die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose Frauen
- den Ausbau der Familienhebammenstrukturen unter voller Ausschöpfung der Bundesmittel

DIE LINKE setzt dem schlechten »Weiter-so« des rot-grünen Senats eine soziale, friedenspolitische und ökologische Alternative entgegen. In Bündnissen wie Recht auf Stadt, dem Hamburger Bündnis gegen Rechts oder dem Bündnis für mehr Pflegepersonal, in Gewerkschaften, den Interessenvertretungen in Betrieb, Verwaltung, Schule und Hochschule sowie in der Friedensbewegung sind wir aktiver Teil sozialer Bewegungen.

Das breit getragene Engagement der Hamburger und Hamburgerinnen in der Flüchtlingssolidarität, erfolgreiche Volkssinitiativen, wie z.B. für mehr Personal in den Kitas und den Krankenhäusern, oder den schnellen Kohleausstieg, sowie die großen Demonstrationen in Hamburg in den letzten 4 ½ Jahren, wie z.B. gegen die Rechtsentwicklung und für eine offene und solidarische Gesellschaft, gegen die Macht der Konzerne und Freihandelsabkommen oder für internationale Solidarität und eine soziale Weltgesellschaft – ohne Rüstungsexporte und Kriegseinsätze – statt der G20 Diktatur zeigen:

Für viele unserer Vorschläge für eine soziale und solidarische Stadtentwicklung gibt es deutliche Mehrheiten in Hamburg. Es kommt aber nicht nur darauf an, links zu wählen, sondern auch selbst aktiv zu werden. Sich einzusetzen für ein soziales und solidarisches Hamburg, das gute Lebensbedingungen für die Vielen und nicht die Wenigen mit großen Vermögen bietet. DIE LINKE wird auch weiterhin an der Seite derjenigen stehen, die sich gemeinsam für eine soziale und solidarische Stadt einsetzen. Ein Hamburg für die Vielen und nicht die Wenigen!



Rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden

Bericht von Nathalie Meyer, Referentin bei Christiane Schneider, über die Veranstaltung mit Martina Renner am 6.5.



KSK-Training beim Tag der Bundeswehr 2017 auf dem Heeresflugplatz Faßberg (Foto: wikipedia/Tim Rademacher, CC BY-SA 4.0)

Seit November 2018 häufen sich die Nachrichten über extrem rechte Positionen von Angehörigen der deutschen Sicherheitsbehörden. So legte ein Recherche-Team der »tageszeitung« (taz) ein rechtes Netzwerk aus Bundeswehrsoldaten, so genannten Preppern und weiteren Personen aus dem Sicherheitsbereich offen, die sich auf einen »Tag X« vorbereiten, an dem sie mit Waffengewalt die Macht erobern wollen.¹ Das rechte Netzwerk existiert rund um die Eliteeinheit der Bundeswehr »Kommando Spezialkräfte« (KSK). Drahtzieher dieser Vernetzung ist Andre S., ehemaliger KSK-Soldat, der unter dem Pseudonym »Hannibal« mehrere Prepper-Chats administrierte – u.a. die Gruppe »Nordkreuz«. Gegen frühere Mitglieder dieser geheimen Netzwerke, die geplant haben sollen, PolitikerInnen und AktivistInnen aus dem linken Spektrum zu töten, ermittelt mittlerweile die Generalbundesanwaltschaft.

Doch auch in Polizeibehörden kamen in den letzten Monaten rechte Netzwerke ans Licht. So etwa eine Gruppe von hessischen PolizistInnen, die sich in einem Chat über rechte Inhalte austauschten und auf polizeiliche Daten zugriffen, die später unter dem Kürzel »NSU 2.0« zur Bedrohung einer Nebenklageanwältin der Familie eines NSU-Opfers genutzt wurden. Ein Leipziger Polizeischüler brach seine Ausbildung ab, da dort Rassismus an der Tagesordnung gewesen sei, und ein sächsischer SEK-Beamter trug einen Aufnäher auf seiner Uniform, mit mythologischer Symbolik, die in der Naziszene verwendet wird. Obwohl sich die Liste der Beispiele weit fortsetzen ließe, werden sie häufig als Einzelfälle abgetan und die Existenz von rechten Netzwerken in den Sicherheitsbehörden geleugnet.

Um einen Überblick über die Verankerung rechter Netzwerke in den Sicherheitsbehörden zu erhalten und Gegenstrategien zu entwickeln, diskutierte Martina Renner, Sprecherin

für antifaschistische Politik der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE sowie stellvertretende Parteivorsitzende, am 6. Mai auf Einladung der Hamburger Bürgerschaftsfraktion mit Christiane Schneider und etwa 70 ZuhörerInnen in den Räumen des 1910 e.V. – Museum des FC-St.Pauli im Millerntor.

Martina Renner zeigte zunächst auf, dass es bereits in der Vergangenheit rechte Netzwerke in der Bundeswehr gegeben hat. So hatte sich bereits 1949 eine Gruppe um den ehemaligen Wehrmachts- und späteren Bundeswehrsoldaten Albert Schnez gebildet, in der sich rund 2.000 ehemalige Wehrmachts- und Waffen-SS-Angehörige mit dem Ziel organisierten, im Falle einer Invasion durch DDR-Truppen oder eines kommunistischen Aufstandes bewaffnet in einen (Bürger-) Krieg zu intervenieren.

Auch aus dem nun wieder im Fokus stehenden KSK sind seit seiner Entstehung 1996 regelmäßig Soldaten mit rechten Aktivitäten aufgefallen. So überfiel 2000 der Neonazi und ehemalige KSK-Soldat Andre Chalek eine Bundeswehr-Einheit, um Waffen und Munition zu stehlen, die er für Anschläge nutzen wollte. 2007 bedrohte ein KSK-Soldat einen seiner demokratisch gesinnten Kollegen. 2017 wurde auf einer KSK-Feier der Hitlergruß gezeigt und Rechtsrock gehört. Der ehemalige KSK-Kommandant Reinhard Günzel verortete öffentlich das KSK in der Traditionslinie der Wehrmachtseinheit »Brandenburg«.

Der bereits erwähnte KSK-Soldat Andre S. administrierte nicht nur die Chatgruppe »Nordkreuz« (in der u.a. ein LKA-Beamter, ein Kriminalpolizist und ein AfD-Politiker waren), sondern gründete auch den Verein »Uniter«. Vordergründig geriert sich »Uniter« als schlichte Interessensgruppe ehemaliger (Elite-)Soldaten, Polizisten und Personen aus dem Sicherheits-

¹ taz vom 16.11.2018: »Hannibals Schattenarmee«, www.taz.de/!5548926/

gewerbe. Zahlreiche Indizien sprechen aber dafür, dass es sich bei diesem Verein um eine zentrale Schnittstelle einer rechten Organisation handelt. 2019 wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Gründungsmitglied von »Uniter« ist.²

Angesichts dieser systematischen Vernetzung von Nazis in Sicherheitsbehörden, die Zugang zu Waffen haben und die Tötung politischer GegnerInnen planen, wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass auch die Koalition und der Verteidigungsausschuss ein großes Aufklärungsinteresse an den Tag legen würde. Stattdessen – so Renner – wurden alle Aufklärungsbemühungen seitens der Opposition abgebugelt. Sie forderte, dass die Behörden statt von Einzelfällen von Netzwerken und Strukturen ausgehen und die Polizei und Staats-

anwaltschaften entschlossener ermitteln müssten. Zudem erhob sie die Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle, die für Berichte über antidemokratische Entwicklungen in den Sicherheitsbehörden zuständig ist. Sie appellierte abschließend an die Anwesenden, Druck auf die Regierung auszuüben und eine Aufklärung der rechten Netzwerke in den Sicherheitsbehörden einzufordern.

Weitere Informationen über rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden gibt es in der aktuellen Ausgabe des »Antifaschistischen Infoblatt« Nr. 122. Mehr dazu hier: www.antifainfoblatt.de/ausgabe/aib-122

² taz vom 21.12.2018: »Hannibals Verein«, www.taz.de/!5557397/

Sicherheit durch Kameras?



Podium und Publikum in der Wolgast-Schule am 30.4.2019 (Foto: Eckhard Bühler)

Das jedenfalls ist (ohne Fragezeichen) die Botschaft von Senat und Bezirksamt Mitte; gemeint ist damit die für Mai/Juni geplante Installation von 22 (!) Überwachungskameras am und um den Hansaplatz. Mainstream und bürgerliche Presse stimmen zu, kritische Distanz oder gar qualifiziertes Nachprüfen finden nicht statt. Aber es regt sich Widerstand, gerade auch in St. Georg.

Zu Jahresanfang hat sich die Initiative _STATTKAMERAS gebildet, am 30. April fand in Kooperation mit dem Einwohnerverein St. Georg eine gut besuchte Veranstaltung in der

Heinrich-Wolgast-Schule statt. »Rund 90 TeilnehmerInnen, zu einem guten Teil BewohnerInnen des Hansaplatzes«, so die Pressemitteilung der Veranstalter, »unterstrichen mit ihrem Beifall und den Diskussionsbeiträgen, dass mit dem Schnellschuss Videoüberwachung die eigentlichen Probleme nicht zu beseitigen oder auch nur zu reduzieren wären. Nächtliche Lärmbelästigung und punktuelle Vermüllung, Alkoholismus und Probleme entwurzelter Menschen seien nicht zu reduzieren, indem per soeben verlegtem Glasfaserkabel ab Frühsommer Unmengen von Filmen und Daten an das örtliche PK 11

übermittelt würden. Ganz im Gegenteil äußerten mehrere AnwohnerInnen, dass sie sich durch die Observierung und Kontrolle des öffentlichen Raumes in ihrer Bewegungsfreiheit und informationellen Selbstbestimmung stark eingeschränkt sähen.»

Auf der Veranstaltung nahmen als Podiumsgäste der Bürgerschaftsabgeordnete Farid Müller (DIE GRÜNEN), der Kriminologe Dr. Nils Zurawski sowie Maike Schmidt-Grabia, Sprecherin des Bündnisses Bremetrojaner (Digitalcourage), Stellung, wobei ersterer vor allem auf die seitens des Senats geplanten flankierenden sozialen Maßnahmen verwies, während die beiden letzteren prinzipielle Einwände gegen Big Brother im öffentlichen Raum vorbrachten.

Mehrere AnwohnerInnen des Hansaplatzes haben sich nach eigenem Bekunden mittlerweile mit Beschwerden gegen die Kameraobservierung an den Datenschutzbeauftragten gewandt, für die nächsten Wochen werden verschiedene Protestaktionen gegen die Inbetriebnahme der Videokameras diskutiert. Die Stadtteilgruppe der LINKEN hat es in ihrem Programm für die Bezirksversammlungswahl auf diesen Punkt gebracht: »Alle Menschen haben das Recht, sich am Hauptbahnhof und am Hansaplatz aufzuhalten, ohne ständig von Kameras erfasst zu werden.«

Einige wichtige Daten zur Videoüberwachung am Hansaplatz finden sich in den Antworten des Senats auf zwei Kleine Anfragen von Christiane Schneider, die eine vom 12. Februar (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/65605/videoeueberwachung_am_hansaplatz.pdf), die andere vom 26. März (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/66122/videoeueberwachung_am_hansaplatz_ii.pdf).



Tipps und Termine

»Sie glauben, dass Sie hier auf einen Zug aufspringen können, nur es ist überhaupt kein Zug da« – gerne erinnern wir uns an diesen hässlichen Satz, den Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt in der Bürgerschaftssitzung am 13. Februar der LINKEN Abgeordneten Heike Sudmann entgegenhielt, nachdem diese einen Antrag zur Mietendeckelung vorgestellt hatte. Just in jenen Tagen zeigten die Berliner SPD-GenossInnen der Senatorin klare Kante: Berlin braucht den Mietendeckel, heißt es in deren Rundbrief vom 19. März. Darin findet sich auch der **SPD-Antrag zur »Einführung eines »Mietendeckels« im Land Berlin«** (www.spdfraktion-berlin.de/seite/berlin-entlasten). Hoffen wir, dass Frau Stapelfeldt nunmehr wenigstens diesen Zug erkennt.

Der Staat muss bauen, so ist ein **Artikel** in der jüngsten Ausgabe des gewerkschaftsverbundenen Monatsmagazins »Böckler Impuls« überschrieben, in dem der rückläufige Sozialwohnungsbestand gegeißelt wird (www.boeckler.de/impuls_2019_07_2.pdf). Am Ende des Artikels gibt es auch einen Link auf die neue **Studie** von Andrej Holm und Stephan Junker über **Die Wohnsituation in deutschen Großstädten** vom März 2019. Wie schon im letzten BürgerInnenbrief angedeutet, verstärken die Gewerkschaften ihr Engagement in der Wohnungspolitik erfreulich spürbar.

Auch die **Linksfraktion** in der Hamburgischen Bürgerschaft wartet mit einer neuen Ausgabe ihrer Zeitung **Backbord** auf. Unter dem Titel »Da geht noch mehr« wird auf acht Seiten gemeinverständlich über die Sparpolitik berichtet, von der bröckelnden Infrastruktur über volle Klassen bis zum Pflegenotstand. Wer gucken will: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2018/10/2018-10-Backbord-Webversion-Doppelseiten.pdf.



Und schließlich sei auch noch auf die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** verwiesen, die ebenfalls mit einem neuen **Dossier Wohnen** die Finger in die Wunden legt. »Wohnen muss nicht teuer sein. Nein, Wohnen muss anders organisiert werden: Es braucht nicht-renditeorientierte und demokratisch verwaltete gemeinnützige Wohnungsunternehmen, es braucht einen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, eine wirksame öffentliche Kontrolle der Mieten und eine wirksame Mietpreisbegrenzung im gesamten Wohnungsbestand, eine regulierte Bodenpreispolitik und mehr Schutz vor Kündigung, Verdrängung und Zwangsräumungen. Und das geht auch.« Wie, das zeigt sich hier: www.rosalux.de/dossiers/wohnen-ist-ein-menschenrecht/.



Besonders hilfreich dürfte für Menschen in sozialen Einrichtungen der neue **Wegweiser zur Beantragung von Fördergeldern für soziale Projekte in Hamburg** sein. Das 24seitige, von der LINKEN Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Carola Ensslen und ihrer Mitarbeiterin Sonja Clasing erstellte Material ist über die Fraktion (Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg) zu beziehen oder per Download auf den eigenen Bildschirm zu zaubern: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/04/2019-Wegweiser-Foerdermittel-Web.pdf.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) hat eine neue Ausgabe ihres **Newsletters** zur Integrierten Stadtentwicklung **Hamburg. Deine Perlen** herausgegeben. Die mittlerweile **16. Nummer** vom Mai widmet sich u.a. den neuen RISE-Fördergebieten, es geht um die Stadtteile Bergedorf und Steilshoop und das städtische Vorkaufrecht. Wer in den 16 Seiten digital »blättern« möchte, schaut hier: www.hamburg.de/contentblob/12419664/f89c0e7caf2e4a8a399ab0f4463c0770/data/h-d-p-ausg16.pdf.



Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat im April eine neue Studie zur Bevölkerungsentwicklung publiziert. Sie trägt den Titel **Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind**.

Für Hamburg (Seite 42-45) prognostiziert die **Studie** ein Bevölkerungswachstum bis 2035 um 10,05%, d.h. von 1.830.584 (Ende 2017) auf 2.014.503 (2035), ein Plus von 183.919 BürgerInnen innerhalb der Stadt, also gut 10.000 mehr pro Jahr. Und hier der Link: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2019/Demografische_Lage_online.pdf.

Seit dem 21. März gibt es eine interessante **Online-Petition**, die darauf abzielt, die gesetzlichen Grundlagen der **Mietenspiegel** in Deutschland zu verändern. Angestrebt wird, bei der **Erhebung der ortsüblichen Vergleichsmiete** nicht mehr nur die letzten vier Jahre (und damit die am schnellsten gestiegenen Mieten) zugrunde zu legen, sondern »alle Bestandsmieten einer Gemeinde in die Berechnung der Mieten« einzubeziehen. Mehr dazu hier: <http://fairemieten.jetzt> oder https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_03/_21/Petition_92449.nc.html. Auf Bundesebene ist (Noch-)Justizministerin Katarina Barley (SPD) dabei, den Erhebungszeitraum immerhin schon mal auf sechs Jahre zu verlängern, aber GrundeigentümerInnen und FDP laufen Sturm dagegen ...



Gerade angelaufen ist der **Hamburger Architektur Sommer 2019**. Seit 1994 gibt es diesen, alle drei Jahre realisierten Kulturevent, der – heuer **bis zum 31. Juli** – Dutzende von Veranstaltungen umfasst. Träger des Programms (s. www.architektursommer.de) ist der Verein »Initiative Hamburger Architektur Sommer e.V.«, der sich nach eigenem Bekunden als »baukulturelle Bürgerinitiative in der Tradition hanseatisch-bürgerschaftlichen Engagements« versteht. Natürlich wird dieses Mal dem 100-Jahres-Jubiläum des Bauhauses besondere Aufmerksamkeit gezollt, es geht aber auch um die experimentierfreudige KünstlerInnenszene der 1920er Jahre. Das wunderbare Motto daher: »Solide bauen – anarchisch feiern«.

Am **Samstag, den 11. Mai**, begeht Hamburg seinen **Tag der Städtebauförderung**. Die zentrale Veranstaltung in Steilshoop beginnt um 13.00 Uhr auf dem dortigen, neu gestalteten Quartiersplatz. Weitere Veranstaltungen sind u.a. in Wilhelmsburg, Eidelstedt, Horn, Bergedorf und Barmbek geplant. Näheres findet sich via Link unter www.hamburg.de/tag-der-staedtebaufoerderung/.



In anderen Metropolen wie Helsinki und Lissabon, Berlin und Düsseldorf ist es längst Usus geworden: **Housing First**, das Prinzip zur rechtzeitigen Vermeidung von Obdachlosigkeit. Seit den 1990er Jahren wird die Maxime »Wohnung zuerst« in den USA verfolgt; im Mittelpunkt steht dabei die Anerkennung eines Menschenrechts auf Wohnen. Nicht das in der tradierten Obdachlosenbetreuung übliche Erlernen von »Wohnfähigkeit« bildet den Ausgangspunkt, Housing First stellt vielmehr die Vermittlung einer eigenen Wohnung an den Anfang der intensiven Begleitung. Und genau darum geht's auf einem **1. Arbeitstreffen** der **Stadtteilinitiative Münzviertel** und des **Bündnisses Stadtherz** am **Mittwoch, den 15. Mai**, um 19.00 Uhr in der Tagesaufenthaltsstätte »Herz As« (Norderstraße 50).



Am **Freitag, den 19. Mai**, startet das diesjährige 5. bundesweite **Forum der Recht-auf-Stadt-Gruppen**. Veranstaltungsort ist dieses Mal wieder Hamburg, genauer, die Fux-Kaserne in Altona. Hamburg ist nicht zufällig ausgewählt worden, sei es, weil hier eine der stärksten RaS-Bewegungen aktiv ist, sei es, weil RaS Hamburg auf zehn Jahre Bestehen zurückblicken kann. Drei Tage lang wird diskutiert, geplant und gestritten, von dieser Tagung werden sicherlich Impulse auch für die Bewegungen und Initiativen unserer Stadt ausgehen. Hier gibt es den Aufruf und das umfangreiche Programm: www.buko.info/artikel/1798-5-recht-auf-stadt-forum-2019-in-hamburg. Übrigens hat RaS Hamburg seinen Web-Auftritt generalüberholt: www.rechtaufstadt.net. Nicht zuletzt findet sich hier auch eine Zusammenstellung von Materialien zur Wohnungspolitik: www.rechtaufstadt.net/material-zur-wohnungspolitik.

Der Denkmalverein Hamburg lädt am **Donnerstag, den 23. Mai**, um 18.30 Uhr zu einem **Vortrag** ins Museum für Hamburgische Geschichte (Holstenwall 24) ein. Im Mittelpunkt steht dabei **Die Architektur der Hamburger Moderne zwischen 1923 und 1932**, die als Zwischenkriegsmoderne maßgeblich vom Backsteinexpressionismus geprägt war. Annette Niethammer präsentiert in ihrem Referat Beispiele aus Wohnbebauung, Parks, Kirchen, Industrie-, Schul- und Sportbauten. Der Eintritt beträgt 7 Euro.

Die Initiative Dessauer Ufer ruft auf zu einer **antifaschistischen Fahrraddemo** am **Samstag, den 25. Mai**, um 17.30 Uhr ab Stadthausbrücke. Angefahren werden sollen an diesem Abend verschiedene Stätten der Verfolgung durch die Nazis und des antifaschistischen Widerstandes in der HafenCity und auf der Veddel. Mehr dazu unter <https://initiativedessauerufer.noblogs.org/>.



Der gewerkschaftsnahe Bildungsträger »Arbeit und Leben« lädt im Juni zu insgesamt vier Hamburger »Grenzgängen« aus historischer Sicht ein. Es geht bei diesen Stadtteilrundgängen also um die Erkundung von Grenzen, politische, soziale und militärische.

Am **Samstag, den 1. Juni**, ist das Ziel **Altona: Vom Dänischen Friedhof zur Großen**



Freiheit. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr der S-Bahnhof Holstenstraße (Ausgang Richtung Holstenstraße). Zum gleichen Zeitpunkt starten dann in den darauffolgenden Wochen diese jeweils zweieinhalbstündigen Unternehmungen: Am **8. Juni** wird die **Elbe als Grenzfluss von der Hafenkante bis zur Veddel per Rad** entdeckt (Startpunkt: Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24). Zwischen Hamburg und Lübeck gelegen

wird **Bergedorf als Grenzstadt** am **15. Juni** erfahrbar gemacht, ebenfalls **per Rad** (Startpunkt: S-Bahn Bergedorf, Ausgang Weidenbaumsweg). Und am **22. Juni** heißt das Ziel **Ochsenzoll: Grenze zu Holstein, heute Norderstedt, per Rad** zu erobern (Startpunkt: U-Bahn Kiwittsmoor). Der Teilnahmebeitrag beträgt pro Veranstaltung 12,- Euro, eine Anmeldung unter office@hamburg.arbeitundleben.de ist nötig. Mehr unter <https://hamburg.arbeitundleben.de/index.php?s=1&id=61&stufe=57&lang=de&seminar=19669>.

Am **Sonntag, den 2. Juni**, findet das vom Denkmalschutzamt und den AnrainerInnen gestaltete **Hamburger Welterbefest** statt, bei dem sich den ganzen Tag über die Speicherstadt und das Kontorhausviertel mit Führungen, Ausstellungen, Tanz- und Musikveranstaltungen präsentieren. Ob die City-Hochhäuser dann noch stehen? Mehr zur Veranstaltung hier: www.welterbefest.hamburg/.



Altstadt neu denken, das ist seit längerem eine Arbeitsparole der Patriotischen Gesellschaft. Ein nächster **Workshop**, verbunden mit vier Stadtexpeditionen rund um das **Katharinenquartier**, ist für **Montag, den 3. Juni**, 17.00 Uhr, beginnend in der Kirche St. Katharinen, geplant. Gegen 20.30 Uhr gibt es einen gemeinsamen Ausklang auf dem Kirchhof mit Musik und Getränken. Mehr Infos und Anmeldung unter www.altstadt fuer alle.de/.

Immerhin, am **Donnerstag, den 13. Juni**, geht es dann doch noch um den **City-Hof, An- und Einblicke**. Um 19.00 Uhr in der Galerie MULTIPLE BOX (Admiralitätsstraße 76) eröffnen Nicole Keller und Oliver Schumacher die gleichnamige **Ausstellung** mit Fotos aus ihrer vor kurzem im Junius-Verlag erschienenen Publikation zum abrissbedrohten City-Hof sowie weitere bisher unveröffentlichte Bilder. An diesem Abend gibt es einmalig »Live-Siebdruck mit Motiven der Hamburger Nachkriegsmoderne«, Getränke und Musik. Die Ausstellung läuft vom 14. bis zum 28. Juni.



»Mobil ohne Auto e.V.« lädt unter der Parole **Radfahren – Klima schützen** wieder zur **Fahrradsternfahrt** ein. In diesem Jahr fällt der bundesweite Aktionstag auf **Sonntag, den 16. Juni**. Über 80 Startpunkte gibt es alleine in Hamburg, die Schlusskundgebung ist für 15.00 Uhr in der Innenstadt geplant. Und hier lässt sich ein anschaulicher Überblick erhalten: www.fahrradsternfahrt.info/fahrradsternfahrt/routes/.

Organisiert von einem Aktionsbündnis aus verschiedenen antirassistischen und flüchtlingspolitischen Gruppen heißt es auf einer Veranstaltung am **Dienstag, den 18. Juni**, um das Ziel **Reunite us now! Familien haben ein Recht auf gemeinsames Leben**. Im Mittelpunkt des um 19.00 Uhr in der Schule Rothestraße in Ottensen (Rothestraße 2) beginnenden Informations- und Diskussionsabends steht das Problem der durch die deutsche Migrationspolitik getrennt gehaltenen Familien. Veranschaulicht werden soll die Vielschichtigkeit des Scheiterns hunderter Familienzusammenführungen von Griechenland nach Deutschland. Auskunft geben die Aktivistin von Refugee Support Aegean Salinia Stroux und der Familientherapeut Reimer Dohrn. Bereits ab 18.15 Uhr ist eine Ausstellung zum Thema zu besichtigen.

Der MIETENmove und die Hamburger Politik

Von Heike Sudmann



Mietenmove am Rathausmarkt 4.5.2019 (Foto: privat)

Dem schlechten Wetter zum Trotz haben zigtausende HamburgerInnen beim MIETENmove am 4. Mai mitgemacht. Rund 100 Verbände und Initiativen hatten zur Demonstration gegen den Mietenwahnsinn in Hamburg aufgerufen.

Die ersten Reaktionen der Rathausparteien zeigen eine Veränderung. Wurde in den Vorjahren der Protest der MieterInnen gerne abgetan oder auf (zu) wenige Demo-TeilnehmerInnen hingewiesen, können jetzt sogar FDP und CDU Sorgen und Unmut der MieterInnen nachvollziehen. Das ist nicht nur dem Wahlkampf geschuldet, sondern auch den bundesweiten Diskussionen über den Mietenwahnsinn. Dank der Berliner Volksinitiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« geht es rund: Vergesellschaftungen und Enteignungen werden von Grünen (Robert Habeck) und Sozialdemokraten (Dirk Kienscherf in Hamburg, Stegner als Parteivize) nicht mehr als sozialistischer Populismus gegeißelt, vielmehr wird sogar Verständnis für diese Forderungen der MieterInnen aufgebracht. Vermutlich bleibt das auch so, bis es konkret in Hamburg um die Enteignung von VONOVIA, Akelius und anderen Miet-haien geht.

Nach Redaktionsschluss dieses BürgerInnenbriefs wird es eine Debatte in der hamburgischen Bürgerschaft zum MIETENmove geben. Dann wird sich vielleicht schon zeigen, ob die Mehrheit der Bürgerschaftsfraktionen ihre Scheinwelt verlässt. Seit 2011 sollen die Maxime »Bauen, Bauen, Bauen« und der rote Teppich für InvestorInnen für preiswerte Wohnungen sorgen. Die Realität sieht ganz anders aus: Die Mieten sind um fast 20% gestiegen, drei Viertel des Neubaus sind teure freifinanzierte oder Eigentumswohnungen geworden.

Im Februar haben noch alle anderen Fraktionen unseren Antrag auf einen Mietendeckel, also einen Mietenstopp, vehement abgelehnt. Mittlerweile meint der Generalsekretär der SPD, Lars Klingbeil, laut MOPO vom 9. April: »In den Ballungsgebieten, dort wo es Schwierigkeiten mit den Mieten gibt, soll die Miete fünf Jahre nicht erhöht werden. Das würde den Wohnungsmarkt entlasten.« Ob diese Botschaft endlich auch in Hamburg ankommt?

Die Miete frisst die Rente oder den Arbeitslohn auf, wie auf mehreren Plakaten beim MIETENmove zu lesen war. Das ist auch eine Form der Enteignung. Ich finde, die MieterInnen müssen geschützt werden, nicht das Eigentum derjenigen VermieterInnen, die nur abzocken wollen.

Der Vorwurf, mit dem Mietendeckel und mit Enteignungen entstünden keine neuen Wohnungen, ist schräg. Er ignoriert das Problem, dass für viele MieterInnen ihre jetzigen Wohnungen kaum noch zu bezahlen sind. Kein Problem haben die selben KritikerInnen übrigens mit Maßnahmen, die viel Geld kosten und auch keinen Neubau mit sich bringen. Die CDU will das Wohngeld erhöhen (jährliche Ausgaben zurzeit von über einer Milliarde Euro bundesweit) oder wie in Berlin ein staatliches Mietergeld einführen – beides letztendlich eine Subvention für die VermieterInnen mit den hohen Mieten. Selbst das Baukindergeld hat in vielen Fällen nicht zum Bau neuer Wohnungen geführt, sondern, besonders in Großstädten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gefördert. Ohne Frage brauchen wir neben dem Mietendeckel und anderen Maßnahmen zum Schutz der bestehenden Mietverhältnisse auch den weiteren Neubau von Wohnungen in Hamburg. Was wir jedoch nicht brauchen, sind teure Neubauwohnungen. Langfristig preiswerte Wohnungen, mit und ohne öffentliche Förderung, sind das richtige Mittel gegen den Mietenwahnsinn.

Einen knapp neunminütigen **Video-Zuschnitt der Demo** »mit O-Tönen von der Mieterinitiative Steilshoop, dem Mieterverein zu Hamburg, dem Netzwerk Recht auf Stadt, Mieter helfen Mietern sowie Redebeiträgen vom Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot, Viva La Bernie e.V. und der Bürgerinitiative Hilfe für Hamburger Obdachlose« gibt es hier: www.youtube.com/watch?v=jikvDvQg36o&list=UUWbqAhkZlc-5P2_rEJtcXkg

Kulturtipp: Einheitsschule – szenische Lesung

Vor einhundert Jahren beschloss die Hamburgische Bürgerschaft unter Führung der SozialdemokratInnen eine vierstufige Volksschule für Alle einzuführen, eine demokratisierte Schule, die kein Lehrgeld mehr erhob und deren Lehrmittel kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden. Auf Antrag konnten die Lehrmittel auch auf den »höheren« Schulen erlassen werden. So wurde die Voraussetzung für Chancengleichheit in der elementaren Bildung gelegt und in einem ersten Schritt die Bildung der Kinder vom Einkommen ihrer Eltern abgelöst – eine wesentliche demokratische Errungenschaft.

Um genau diese Entscheidung geht es, vor allem um die harschen Debatten, die im gerade erst gebildeten neuen Landesparlament 1919 geführt wurden. Die Linksfraktion lädt für **Freitag, den 10. Mai, um 18.00 Uhr in den Kaisersaal des Rathauses** ein, um die damaligen Kontroversen und Argumente in Erinnerung zu rufen. Vor einem Jahrzehnt – die LINKE war noch ziemlich frisch in der Bürgerschaft vertreten – hat es diese szenische Lesung aus Protokollen der Hamburgischen Bürgerschaft schon einmal gegeben.

In immerhin vier Jahren konnten ab 1919 SchülerInnen aller Klassen, Schichten und Milieus gemeinsam lernen. Damit war die Möglichkeit für sozialen Aufstieg durch Schulabschlüsse für Kinder aus ärmeren Elternhäusern und der ArbeiterInnenklasse gegeben. Entgegen dem Beharren der herrschenden und besitzenden Klassen wurde Bildung zu einem Recht aller jungen Gesellschaftsmitglieder.

Heute sind im zweigliedrigen Schulsystem in Hamburg die Tendenzen deutlich abzulesen, die gesellschaftliche Spaltung

in Arm und Reich zu reproduzieren: Gymnasien neigen dazu, Lehranstalten der Elite(n) zu werden, während die Stadtteilschulen mit der Integration geflüchteter junger Menschen und der Umsetzung der Inklusion und einer starken Vielfalt in ihrer SchülerInnenenschaft allein gelassen werden. Damals wie heute verlangt eine demokratische Gesellschaft nach einer inklusiven Schule für alle.

Bei dieser eintrittsfreien Veranstaltung treten folgende SprecherInnen auf: 1. Moderator, neutral: Katharina Sellnau (LAG Bildung DIE LINKE), 2. Abgeordneter, vor 1918 konservativ: Joachim Geffers (»Hamburger Lehrer-Zeitung« der GEW), 3. Abgeordneter, vor 1918 konservativ: Dorothee Bittscheidt (ehemalige HWP-Präsidentin), 4. Leser der Konstituante von 1849, neutral: Hans-Peter de Lorent (Historiker), 5. Dr. Anton Ree, Bildungsreformer, progressiv: Sieglinde Frieß (stellvertretende ver.di-Vorsitzende Hamburg), 6. Vorsitzender der Bürgerschaftssitzungen, neutral: Sabine Boedinghaus (MdHB DIE LINKE), 7. Theodor Blinckmann, DDP, progressiv: Michael Hunger (LAG Bildung DIE LINKE), 8. Heinrich Schumann, SPD, progressiv: Kaija Kutter (taz Hamburg), 9. D. Friedrich G. T. Rode, DVP, konservativ: David Stoop (Hamburger Landessprecher DIE LINKE), 10. Richard Ballerstaedt, SPD, progressiv: Zaklin Nastic (MdB DIE LINKE), 11. Dr. Andreas Koch, DNVP, reaktionär: Kay Stöck (ehemaliger Schulleiter der Stadtteilschule StübenhoferWeg), 12. Bernhard Dinkgreffe, HWF, konservativ/neutral: Timm Kunstreich (Prof. em. für Soziale Arbeit).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.